

Ökologisch-
Demokratische
Partei



WAHLPROGRAMM
zur **Bundestagswahl 2021**

DAS GUTE GEWINNT!

Inhalt

4 Neue Perspektiven

6 Klima-, Umwelt- und Artenschutz

- 6 Treibhausgas-Emissionen beenden und CO₂ der Atmosphäre entziehen
- 7 Energie- und Ressourceneinsatz verringern
- 7 100 % erneuerbare Energien bis 2030
- 8 Nachwachsende Rohstoffe und erneuerbare Grundstoffe
- 9 Umfassende Mobilitätswende
- 10 Boden- und Artenschutz
- 11 Sicherung der Wasserversorgung

12 Demokratie, sozialer Frieden und Verteilungsgerechtigkeit

- 12 Sozialer Frieden und Verteilungsgerechtigkeit
- 13 Demokratie

15 Reform der Arbeitswelt und der Sozial- und Gesundheitssysteme

- 15 Die Verwerfungen am Arbeitsmarkt sind wesentlich größer, als die Arbeitslosenquoten erwarten lassen
- 16 Die ÖDP streitet für die volle Anerkennung der wichtigen Erziehungs- und Pflegearbeiten im privaten Bereich
- 17 Dringend notwendige Maßnahmen zur Reform unseres sozialen Sicherungssystems
- 18 Das neue System ist finanzierbar
- 19 Gesundheit

21 Ganzheitliche Bildung und Erziehung

- 21 Bildung und Erziehung – wichtige Grundlagen für unsere Zukunft
- 22 Studieren und lernen unabhängig von wirtschaftlichen Verwertungsinteressen

24 Familie und Gesellschaft

- 25 Gerechtigkeit und Wahlfreiheit für Eltern statt Bevormundung
- 26 Entschlossenes Handeln gegen den Missbrauch von Kindern
- 26 Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern
- 27 Stärkung von Teilhabe und Inklusion
- 27 Menschenwürde bis zum Lebensende
- 28 Stopp der offenen und verdeckten Diskriminierung von psychisch und abhängigkeiterkrankten Menschen
- 29 Migration und Integration sind zwei Seiten einer Medaille, die von Beginn an zusammen geplant werden müssen

30 Außenpolitik

32 Digitalisierung und Mobilfunk

- 32 Mobilfunk
- 33 Digitalisierung

34 Wirtschaft regional und dem Gemeinwohl verpflichtet

- 34 Weniger Wirtschaftswachstum ist mehr Zukunft
- 35 Ökologisch-soziale Steuerreform
- 35 Mehr Mittelstand und Regionalisierung – Konzerne und Globalisierung begrenzen
- 36 Gemeinwohlökonomie
- 38 Finanzwirtschaft

39 Landwirtschaft und Tierschutz

- 39 Landwirtschaft für Mensch und Natur
- 42 Lebensmittel
- 42 Tierschutz

Neue Perspektiven trotz und nach Corona – das ÖDP-Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021

Seit März 2020 bestimmen Corona und der Lockdown weite Teile unseres Lebens. Nun ist es überfällig, dass Menschen wieder neue Perspektiven finden. Deutschland steht vor einem Scheideweg. Für die ÖDP ist dabei klar: Ein einfaches Zurück „auf den Wachstumspfad“ darf es nicht mehr geben. Wir wollen aus der Corona-Krise unsere Lehren ziehen; nur so kann aus einer Krise eine Chance werden! Für uns als Gesellschaft bedeutet dies z. B., dass wir auch mit weniger Konsum, mit weniger Flug- und Fernverkehr gut leben können.

Und eines muss uns Corona gelehrt haben: Tödliche Viren wie Ebola oder eben Corona hängen eng mit der Zerstörung von Ökosystemen und Klimakrise zusammen. Die Zerstörung der Regenwälder sowie die Massentierhaltung können dazu führen, dass sich immer häufiger gefährliche Krankheiten von Tieren auf Menschen übertragen. Die Klimakrise verstärkt dies. Sie ist die eigentliche Herausforderung, vor der wir als Menschheit des 21. Jahrhunderts stehen. Daher sind Klimaschutz, Energie- und Mobilitätswende oberste Prämisse unseres Programms. Klimaneutralität bis 2030 – diese Herausforderung müssen wir jetzt mindestens ebenso entschieden angehen, wie das mit den Maßnahmen gegen Corona bisher geschehen ist. Natürlich hat das mit anderen geeigneten Mitteln zu erfolgen als die Bekämpfung der Pandemie, aber damit müssen wir jetzt anfangen! Deutschland und Europa haben jetzt die Chance, statt des „wie vorher“ eine Kehrtwende einzuleiten: mit einer Wirtschaftsweise, die statt Wachstumszwang das Gemeinwohl in den Vordergrund stellt und auch mit sehr starkem Klimaschutz ein gutes und sicheres Leben ermöglicht. Dabei soll die fortschreitende Digitalisierung zielgerichtet eingesetzt werden. In diesem Wandel entstehen neue Perspektiven für alle, de-

ren Arbeitsumfeld von Unsicherheit und Veränderung geprägt ist. Wir von der ÖDP machen unabhängige Politik. Wir sind garantiert konzernspendenfrei und setzen uns für ein Verbot von sogenannten „Nebenjobs“ im Bundestag ein, damit Skandale wie die Maskendeals während der Corona-Krise unmöglich werden.

Unsere Lösungsvorschläge, unser ökologisch-soziales Wirtschaftskonzept und dieses Wahlprogramm bieten die entscheidenden Impulse für ein gutes Leben in einer neuen, gewandelten und zukunftsfähigen Gesellschaft im Einklang mit der Natur – unserer gesamten Schöpfung. Wir müssen heute beginnen und umsteuern, um die bevorstehende vernichtende Klimakatastrophe abzuwenden.

Klima-, Umwelt- und Artenschutz

„Weniger ist mehr“ ist die beste Grundlage für wirksamen Schutz der Artenvielfalt, der Ökosysteme und des Klimas.

„Weniger ist mehr“ ist die Voraussetzung für eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen wie Luft, Wasser, Boden, Wald und Rohstoffe.

„Weniger ist mehr“ bedeutet für die ÖDP Energieeinsparung, die Nutzung erneuerbarer Energien, Ökolandbau und Vorrang für eine Mobilität mit weniger motorisiertem Verkehr, Ressourcen- und Flächenverbrauch sowie weniger Lärm- und Umweltbelastung.

„Weniger ist mehr“ wird erreicht durch einen Mix an Instrumenten: Beendigung umweltschädlicher Subventionen, ökologische Kostenvahrheit und Einführung eines verbindlichen globalen Systems zur Herstellung einer Nullemissionswirtschaft.

Treibhausgas-Emissionen beenden und CO₂ der Atmosphäre entziehen

Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels durch Klimaneutralität bis 2030 und anschließende Senkung der CO₂-Konzentration in der Atmosphäre unter 350 ppm, um die Gefahr einer Heißzeit abzuwenden.

Entzug von CO₂ aus der Atmosphäre mit umweltverträglichen Methoden, vor allem durch gesunde Böden und Humusaufbau in Land- und Forstwirtschaft sowie Anreicherung von Ackerböden mit pflanzenkohlehaltigem Kompost (z. B. Terra preta) aus nachhaltiger Produktion.

Energie- und Ressourceneinsatz verringern

- Nutzen statt besitzen: Förderung von gemeinschaftlicher Nutzung, Verleih und Tausch.
- Ausstieg aus der Wegwerfwirtschaft und Aufbau einer Kreislaufwirtschaft: Vorrang für Produkte, die aus nachwachsenden Roh- oder erneuerbaren Grundstoffen hergestellt werden und langlebig, reparierbar, effizient und energiesparend nutzbar sind.
- Mehr gemeinschaftliche und sich ändernden Bedürfnissen anpassbare Wohnraumkonzepte.
- Beschleunigte energetische Gebäudesanierung durch natürliche Baustoffe.

100 % erneuerbare Energien bis 2030

- Beendigung des Braunkohleabbaus und Kohleausstieg deutlich vor 2030.
- Vollständige Umstellung der Versorgung mit Strom, Wärme, Kälte und Antriebsenergie auf erneuerbare Quellen und eine Kopplung dieser Sektoren über elektrische Mobilität, Wärmepumpen, grünen Wasserstoff und Kraftstoffe aus nachhaltiger Produktion.
- Beschleunigter Ausbau von Solar- und Windkraftanlagen unter angemessener Beachtung des Anwohner-, Arten- und Naturschutzes. Abbau willkürlicher bürokratischer Hürden und Vereinfachung von Planungsverfahren. Abschaffung aller Abstandsregeln für Windräder über 600 m. Verpflichtender Bau und Betrieb von Photovoltaikanlagen zur Stromerzeugung auf öffentlichen Gebäuden, wenn keine gravierenden Gründe dagegensprechen. Neue Bebauungspläne für Industrie-, Gewerbe- und Wohnbauten benötigen ebenso eine Verpflichtung zur Nutzung der Dachflächen für Photovoltaikanlagen.
- Im notwendigen Gebäudebau sind Dachflächen mit Kollektoren zu belegen oder zu begrünen.

- Behebung des Fachkräftemangels im Bereich der erneuerbaren Energien durch eine Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive im Handwerk.
- Bürgerinnen und Bürgern, Landwirtinnen und Landwirten, Gewerbebetrieben u. a. ermöglichen, unkompliziert Strom, Wärme, Kälte aus erneuerbaren Quellen und erneuerbare Gase und Flüssigkeiten zu produzieren, zu nutzen, zu speichern, regional zu teilen und überregionale Netze zu entlasten.
- Stimmen aus Politik und Wirtschaft werden lauter, der Atomkraft noch eine Chance zu geben, um die Pariser Klimaziele zu erreichen und „billige“ Energie zu erzeugen. Eine Renaissance der Atomkraft lehnen wir ab, da wir die Folgen eines Super-GAU und die Risiken der Lagerung des anfallenden Atommülls für unkalkulierbar halten.
- Der Ausstieg aus der Atomenergie muss lückenlos erfolgen. So fordern wir auch die Schließung der Urananreicherungsanlage Gronau, der Brennelementfertigungsanlage Lingen und die Stilllegung der Forschungsreaktoren in Garching bei München und in Mainz. Der Euratom-Vertrag zur Kernenergieforschung ist zu kündigen und die damit frei werdenden Gelder sollen zum europaweiten Ausbau der erneuerbaren Energien eingesetzt werden.

Nachwachsende Rohstoffe und erneuerbare Grundstoffe

- Kreislaufwirtschaft umsetzen, Verbundstoffe und Materialien, deren Kreislaufführung schwierig ist, vermeiden und nach Möglichkeit ersetzen.
- Weitreichende Maßnahmen zur Einführung von Mehrwegsystemen.
- Materialien aus fossilen Ressourcen durch nachwachsende Rohstoffe wie Holz oder Pflanzenfasern ersetzen. Wo das nicht möglich oder sinnvoll ist, sind synthetische Grundstoffe (z. B. Wasserstoff, E-Fuels, Methan und Ammoniak) ausschließlich mittels erneuerbarer Energie herzustellen.

Umfassende Mobilitätswende

- Reduktion des Pkw-Verkehrs um mindestens 50 % bis 2035.
- Reduktion des Pkw-Bestands in Städten auf ein Drittel der heutigen Anzahl bis 2035.
- Förderung des öffentlichen Nahverkehrs mit mindestens dem doppelten Budget (24 Mrd. Euro pro Jahr).
- Erhöhung der Investitionen in ein flächendeckendes Schienennetz auf mindestens das Doppelte (12 Mrd. Euro pro Jahr). Elektrifizierung aller Bahnstrecken nach Schweizer Vorbild.
- Einführung eines einheitlichen, europaweiten Ticket-Systems für Nah- und Fernverkehr.
- Ausbau des internationalen Bahnverkehrs durch Förderung von Nachtzügen und eine schnelle Umsetzung international vereinbarter Bahnprojekte.
- Massiver Ausbau der Rad- und Fußinfrastruktur.
- Ermöglichung von City-Maut-Systemen.
- Fördermittel für gebührenfreien Personennahverkehr.
- Förderung von On-Demand-Angeboten und des Carsharings mit elektrisch angetriebenen Fahrzeugen. Mit intelligenten, Routenoptimierten Mobilitätsangeboten, die bequem über Telefon, Apps oder eine Webseite gebucht werden können, haben auch kleine Städte und der ländliche Raum die Möglichkeit, einen bedarfsgerechten ÖPNV anzubieten.
- Reform der Tempolimits: 120 km/h auf Autobahnen, 80 km/h außerhalb und 30 km/h innerorts mit Ausnahme geeigneter Hauptstraßen.
- Neubau-, Ausbau- und Planungs-Stopp für Autobahnen und Fernstraßen.
- Umfassende Elektrifizierung des motorisierten Verkehrs.
- Neuzulassungsstopp für Pkw mit Verbrennungsmotoren ab 2025.
- Wasserstoff und regenerative Kraftstoffe prioritär für Bus-, Schwerlast-, Schiffs- und Flugverkehr. Verbot von Kurzstrecken-

flügen unter 700 km Luftlinie. Abschaffung aller Subventionen und Steuervorteile für den Flugverkehr.

- Bessere räumliche Verbindung von Arbeit, Freizeit, Gewerbe und Wohnen durch eine Siedlungsplanung mit kurzen Wegen.

Boden- und Artenschutz

- Stufenweise Reduzierung des Flächenverbrauchs für neue Siedlungs- und Verkehrsflächen innerhalb von zehn Jahren auf Netto-Null. Vorrang für die Nutzung von Brachflächen und Leerständen vor der Neuversiegelung von Flächen. Im notwendigen Gebäudabau sind Dachflächen mit Kollektoren zu belegen oder zu begrünen.
- Erhalt und Ausweitung von Naturschutzgebieten unter Schaffung von zusammenhängenden Biotopverbunden. Priorisierung der nationalen Flächenplanung: Naturschutzgebiete vor Land- und Forstwirtschaft, vor flächensparendem Wohnungsbau und Planung von Siedlungen mit kurzen Wegen, vor sonstiger Nutzung.
- Übertragung der gesetzlichen Regelungen zum Artenschutz, die durch das ÖDP-Volksbegehren Artenvielfalt „Rettet die Bienen“ in Bayern geschaffen wurden, auf das gesamte Bundesgebiet.
- Ökologische Landwirtschaft mit geringeren Tierbeständen und artgerechter Haltung.
- Agrarförderung nach ökologischen Kriterien, Förderung von Schutzhecken und Randstreifen sowie des Humusaufbaus auf landwirtschaftlichen Flächen als Kohlenstoffsенke.
- Schutz und Erhalt der vielfältigen Funktionen des Waldes durch klimaangepasste Aufforstung und Ausweisung von 10% der Waldfläche als unbewirtschaftete Schutzgebiete. Stopp der Trockenlegung von Mooren und Wiederherstellung und Vernässung von Mooren im Rahmen von Renaturierungsmaßnahmen und durch Reaktivierung ausgetrockneter Moore. Ersatz der Torfnutzung durch erneuerbar gewonnenen Dünger.

- Maßnahmen gegen die Abholzung tropischer Regenwälder auf internationaler Ebene.
- Einbeziehung des Bodenschutzes in Handelsabkommen, um Bodenverschlechterung in Drittländern zu verhindern.

Sicherung der Wasserversorgung

- Wasserversorgung in öffentlicher Hand. Keine Privatisierung der Wasserversorgung und Sicherung der Wasservorkommen für die Allgemeinheit.
- Vermeidung von Flächenversiegelung.
- Gemeinden, welche aus eigenen Brunnen oder Quellen mehr Wasser entnehmen als vom Wasserwirtschaftsamt genehmigt, sind finanziell zu bestrafen.
- Keine Industrieansiedlungen in Wasserschutzgebieten.
- Direkte Versickerung des Wassers im Boden zur Sicherung der Grundwassernachbildung.
- Renaturierung und Erweiterung von Wasserrückhalteflächen als Hochwasserschutz.

Demokratie, sozialer Frieden und Verteilungsgerechtigkeit

Wir alle wollen sicher und gut leben; das heißt mehr als nur überleben und auch mehr als bloß unseren Wohlstand erhalten. Dazu gehört ein Leben in Frieden mit all unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Deutschland und der EU. Genauso gehört dazu ein Leben in Freiheit und weitgehender Selbstbestimmung. Die demokratische Teilhabe an der Gestaltung unserer Zukunft ist dabei ein sehr hohes Gut, das wir schützen und verteidigen müssen, denn sie ist die Grundlage für unsere Freiheit und ein gutes Leben.

Eine weitere Voraussetzung stellt die Stärkung des Gemeinwohls dar, damit alle etwas davon haben und niemand zurückbleiben muss. Dazu gehört schließlich auch die körperliche Unversehrtheit mit dem Schutz von Leib, Leben und Eigentum in Verbindung mit einem stabilen Gesundheitssystem, das uns möglichst gut und lange unsere Gesundheit erhält.

Sozialer Frieden und Verteilungsgerechtigkeit

- Die Umverteilung von unten nach oben hat eine neue Dimension erreicht: Die Verteilungsgerechtigkeit und die Lösung der sozialen Frage sind durch die Lockdowns in der Pandemie für immer mehr Menschen und Unternehmen zur Überlebensfrage geworden. Dieser Prozess muss schnellstens umgekehrt werden.
- Die allgemeine Daseinsvorsorge hat in den vergangenen Jahren erheblich unter der neoliberalen Ausdünnung unseres Sozialsystems gelitten. Zur Wiederherstellung eines intakten Systems brauchen wir eine umfassende sozial- und gesellschaftspolitische Reform.
- Wir fordern Reformen im Gesundheits-, Arbeits-, Bildungs- und Rentensystem sowie für einen ökologischen Umbau unserer Infrastruktur.

- Die ÖDP fordert eine Bundesregelung, damit Kommunen preisgebundenen Wohnungsbau bis zu einem gewissen Prozentsatz der Wohnfläche bei Geschossbauten vorschreiben können.

Demokratie

- Zur Sicherung unserer Demokratie durch Mitbestimmung und politische Einflussnahme fordert die ÖDP eine unabhängige Politik; dazu muss die Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen gesetzlich gestärkt werden.
- Ein Verbot von Firmenspenden an Parteien, wie es die ÖDP seit ihrem Bestehen praktiziert: garantiert frei von Konzernspenden, damit Politik nicht bestechlich ist.
- Trennung von politischem Mandat und wirtschaftlichen Interessen: Mitglieder des Bundestags dürfen Nebentätigkeiten neben ihrem Mandat nur nach besonderer Genehmigung des Bundestagspräsidiums und unter Ausschluss von Interessenkonflikten ausführen. Dafür ist ein entsprechendes neues Gesetz zu schaffen.
- Politik muss dem Volk verpflichtet sein und nicht großen Konzernen! Außerdem fordern wir eine direktere Demokratie – Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen – durch Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene und in allen Bundesländern gemäß Art. 20 (2) Grundgesetz, und Abbau von Zugangshürden.
- Im Zuge der Corona-Politik ist viel Vertrauen in die Politik der Bundesregierung, besonders durch die teilweise Außerkraftsetzung der parlamentarischen Arbeit durch Selbstentmachtung und intransparente Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie, verloren gegangen. Dieses Vertrauen muss durch eine verstärkte Transparenz zukünftigen Regierungshandelns zurückgewonnen werden. Maßnahmen in Krisensituation („Corona“) müssen auf der Grundlage von Gesetzen erfolgen, nicht am Parlament vorbei durch Verordnungen.
- Deutschland muss in den kommenden Jahren eine umfassende

und schonungslose Resilienzanalyse erstellen. Dazu sind nicht nur die medizinischen Strukturen, sondern z. B. auch die Energie- und die Nahrungsmittelversorgung auf „Verletzlichkeit“ bzw. Krisenfestigkeit zu prüfen. Erkannte Schwachstellen sind zügig zu heilen. Resilienz, also die Widerstandsfähigkeit in existenziellen Krisen, ist ab sofort als wichtiges politisches Grundsatzziel zu definieren.

- Wir fordern eine klare Perspektive für den Weg zurück in die Normalität, allerdings eine Normalität, die sich endgültig vom Konsumzwang verabschiedet und wieder den Menschen in den Mittelpunkt stellt und als Teil der sie umgebenden Natur begreift.

Reform der Arbeitswelt und der Sozial- und Gesundheitssysteme

Die Corona-Krise zeigt: Krisenzeiten wirken wie Katalysatoren bei der weiteren Digitalisierung, Automatisierung und dem starken Ausbau von künstlicher Intelligenz. „Humankapital“ wird zunehmend als unkalkulierbarer Risikofaktor bewertet. Wo Arbeitsplätze wegrationalisiert werden können, wird dies getan. In vielen Wirtschaftsbereichen wird das „Gut Arbeit“ zusehends knapper. Mühsam neu zu generierende Arbeitsfelder werden nicht 1:1 das breite Wegbrechen von Stellen in den jahrzehntelang dominierenden Branchen (Produktion, Bürojobs, Energiewirtschaft u. Ä.) ersetzen.

Die Verwerfungen am Arbeitsmarkt sind wesentlich größer, als die Arbeitslosenquoten erwarten lassen

- Die offiziellen Arbeitsmarktdaten spiegeln nur in geringem Maße die tatsächlichen Auswirkungen der Pandemie wider. Geht man von der aktuellen Arbeitslosenquote Stand April 2021 von 6,0 % aus, könnte der Eindruck entstehen: „Alles in Butter“. Dem ist jedoch nicht so. Denn neben den statistisch gezählten drei Millionen Arbeitslosen kommen rund eine Million sogenannte „Unterbeschäftigte“ hinzu, die zwar arbeitslos sind, aus diversen Gründen (z. B., weil sie 58 Jahre und älter sind) jedoch nicht mitgezählt werden. Die amtlichen Zahlen schließen zudem eine Million Menschen mit Minijobs, deren 450-Euro-Beschäftigung weggefallen ist, sowie die nicht leistungsberechtigte „stille Reserve“ von ein bis zwei Millionen weiteren Menschen nicht mit ein, ebenso nicht die derzeit ca. drei Millionen kurzarbeitenden Personen. Zählt man all diese Menschen zur offiziellen Arbeitslosenquote hinzu, so sind derzeit zwischen neun und zehn Millionen Bürgerinnen und Bürger existenziell von der Corona-Krise betroffen beziehungsweise beruflich und finanziell extrem gefährdet.

- Besonders von den pandemischen Auswirkungen betroffen sind Freiberuflerinnen und Freiberufler, Kleingewerbetreibende und Soloselbstständige sowie deren mitarbeitende Familienangehörige, Honorarkräfte, Scheinselbstständige u. a., denen zwar Aufganghilfen seitens des Staates und/oder der Länder recht schnell versprochen wurden, die aber bis dato oftmals nur einen Bruchteil der grundsätzlich zustehenden Mittel tatsächlich erhalten haben. Sie profitieren in der Regel nicht vom staatlichen Arbeitsversicherungssystem, da sie für sich persönlich keine Beiträge entrichtet haben und somit auf öffentliche Sonderhilfen angewiesen sind, die zudem großenteils nur als Darlehen gewährt werden und demnach zurückgezahlt werden müssen. Bei den Hilfen dürfen Großbetriebe und Konzerne, berechnet nach der Anzahl der Arbeitsplätze, den kleinen und mittleren Unternehmen gegenüber nicht bessergestellt werden.
- Die Lage ist mehr als ernst. Die komplizierte Rechtslage insbesondere in unseren Sozialsystemen, die unterschiedlichsten Vorrangigkeits- und Nachrangigkeitsleistungen und die völlige Intransparenz von behördlichen Zuständigkeiten verschärfen diese Situation. Dies wird in Ausnahmeständen wie diesen besonders deutlich. Besonders benachteiligte Personen wie Behinderte, Ältere oder Langzeitarbeitslose sind als Erste und besonders betroffen.

Die ÖDP streitet für die volle Anerkennung der wichtigen Erziehungs- und Pflegearbeiten im privaten Bereich

- Es gibt „systemrelevante Arbeit“ wie beispielsweise in der professionellen und der privaten Erziehungs-, Kranken-, Pflege- und Betreuungsarbeit, die in den arbeitsmarkt- und den finanzpolitischen Fokus gestellt werden müssen. Immer weiter um sich greifende gewinn-wirtschaftliche Bestrebungen, insbesondere in der professionellen Alten- und Krankenpflege, und eine nicht vorhandene flächentarifliche Bindung von Gehältern und Ar-

beitsbedingungen verschärfen den ohnehin schon vor Corona offengelegten hochproblematischen Arbeitskräftebedarf in diesem „Wirtschaftszweig“. Eine solide Stützung durch private Pflege von Angehörigen und Nachbarn bedarf einer vollumfänglich und nachhaltig gesicherten finanziellen Absicherung der Pflegenden.

Dringend notwendige Maßnahmen zur Reform unsers sozialen Sicherungssystems:

- **Steuerfinanzierte Sozialversicherungen für alle Bürgerinnen und Bürger**
Den Faktor Arbeit entlasten durch Reduktion der Sozialversicherungsbeiträge und alle Bürgerinnen und Bürger in die Finanzierung des Sozialsystems einerseits einbeziehen, sie andererseits aber in gleichem Maße davon profitieren lassen.
- **Zusatzabsicherungen auf Wunsch**
Beibehalt privater Zusatzversicherungsmöglichkeiten, wobei die Grundversorgung auf ausreichendem Niveau gesichert sein muss.
- **Schnelle, unbürokratische Soforthilfen in der Krise**
Direkt auszahlende Pauschalhilfen in Notfallzeiten (z. B. in einer Pandemie) anstelle intransparenter Zuständigkeits-, Vorrangig- und Nachrangigkeitsprüfungen für die unterschiedlichen Personengruppen und damit auch Herstellung von Systemtransparenz.
- **Steuerfreie Grundpauschale für alle**
Eine durch Steuern finanzierte Pauschale, die eine Klimadividende als Kompensation der CO₂-Bepreisung beinhaltet (gestaffelte Einführung – langsamer, aber kontinuierlicher Anstieg).
- **Sozialleistungen als Individualrecht**
Umwandlung des ungerechten und unzeitgemäßen Bedarfsgemeinschaftssystems. Alle grundsätzlichen Hilfen stehen jedem zu, egal ob man alleine oder mit mehreren Personen unter einem Dach lebt.

- **Gemeinwohl als Grundlage bei Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik sowie bei Wirtschaftsförderung**
Öffentliche Förderungen von Firmen und Vorhaben dort, wo Gemeinwohl und ökologische Belange im Vordergrund stehen und nicht Profit. Insbesondere sind die Pflegeberufe nach diesen Kriterien neu zu bewerten.
- **Recht auf Teilhabe am Leben**
„Der Mensch lebt nicht vom Brot allein“, sondern auch davon, wertvoller Teil der Gesellschaft zu sein. Jeder Mensch muss ein solches Recht auf Teilhabe haben, zum Beispiel über eine sinnvolle Beschäftigung, die ihm soziale Kontakte und Selbstbestätigung ermöglicht.
- **Erziehungs- und Pflegegehalt für die familiäre Sorgearbeit**
Erziehende und Pflegende erbringen eine Leistung für die Gesellschaft. Dafür müssen sie angemessen entlohnt werden. Ohne diese für die Gesellschaft relevante Arbeit würde unser Sozialsystem kollabieren.
- **Zusätzliche Hilfen für besonders unterstützenswerte Personengruppen**
Unbürokratische Extra-Hilfen für erwerbsunfähige und erwerbsgeminderte Menschen, Menschen mit Behinderungen sowie für Soloselbstständige, Kleingewerbetreibende, Freiberuflerinnen und Freiberufler und Existenzgründer. Bei den Hilfen dürfen Großbetriebe und Konzerne, berechnet nach der Anzahl der Arbeitsplätze, den kleinen und mittleren Unternehmen gegenüber nicht bessergestellt werden.

Das neue System ist finanzierbar – breit gestreute und damit sichere Finanzierung durch:

- Eine umfassende Entwicklung von Umwelt- und Ressourcensteuern, inkl. CO₂-Grenzsteuern.

- Angemessene und sozial gerechte Erhöhung des Spitzensteuersatzes in der Einkommenssteuer.
- Einführung von wirksamen Vermögens- und Spekulationssteuern sowie einer Digitalsteuer.
- Einen folgerichtigen Abbau von Bürokratie- und Verwaltungskosten sowie wegfallende bisherige Leistungen.

Gesundheit

- Unser Gesundheitssystem ist Teil der allgemeinen Daseinsvorsorge und hat ausschließlich dem Menschen zu dienen. Deshalb hat Profit nichts in diesem System zu suchen.
- Wir fordern eine Neuordnung der Finanzierung des gesamten Gesundheitssystems; eine einheitliche und leistungsstarke Krankenversicherung für jede und jeden, auf deren Basis eine private Zusatzversicherung möglich sein kann. Finanzierungslücken sind steuerfinanziert auszugleichen.
- Die dezentrale, wohnortnahe Versorgung sowohl durch Arztpraxen als auch durch Apotheken ist zu gewährleisten.
- Eine flächendeckende Gesundheitsversorgung, vorzugsweise in der Hand kommunaler Träger und Träger der freien Wohlfahrtspflege, ist sicherzustellen. Unser Krankenhauswesen, ebenso die Pflege und die ärztliche Gesundheitsversorgung vor Ort sind wieder aufzubauen bzw. die vorhandene zu stärken und zu verbessern – keine Krankenhausschließungen mehr.
- Wir fordern die Abschaffung der Fallpauschalen und kostendeckende Bezahlung für die Leistungen von Ärztinnen und Ärzten, Arztpraxen, Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern.
- Wir fordern die Stärkung der Personalsituation, d. h. deutlich mehr Personal, eine deutlich bessere Bezahlung von Pflegekräften und bessere Arbeitsbedingungen im gesamten Gesundheitssektor.
- Rückholung von pharmazeutischer und medizintechnischer Produktion nach Deutschland, um für zukünftige Krisen und Pandemien besser gerüstet zu sein.

- Impfen ist solidarisch. Eine möglichst hohe Impfquote schützt auch jene, die wegen Gegenanzeigen nicht geimpft werden können. Damit Impfungen grundsätzlich freiwillig bleiben können, bedarf es der Aufklärung zu Risiken und Notwendigkeit. Die Einführung einer Impfpflicht in Deutschland ist abzulehnen.

Ganzheitliche Bildung und Erziehung

Die ganzheitliche und altersgerechte Entwicklung der Persönlichkeit soll vorrangiges Bildungsziel sein. Das beinhaltet das Lernen mit allen Sinnen und die Erziehung zur Ehrfurcht vor allem Leben, Verantwortung im Umgang mit der Schöpfung und den Mitmenschen sowie Bereitschaft zur Mitgestaltung der Welt und zum politischen Engagement. Bildung muss dazu dienen, die Kompetenzen und Fähigkeiten der Kinder zu fördern.

Wirtschaftliche Interessen dürfen im Bildungsbereich nicht in den Vordergrund treten. Hochschulen sollen allen offenstehen, die auch ohne spezielles Berufsziel ihren Horizont erweitern wollen. Insbesondere muss es möglich sein, aus rein fachlichem Interesse studieren zu können. Ein verschultes Studium allein nach starren Studienordnungen, wie sie die meisten Bachelor- und Master- Studiengänge aufweisen, wird den vielfältigen Anforderungen im Berufsleben nicht gerecht.

Bildung und Erziehung – wichtige Grundlagen für unsere Zukunft

- Grundsätzlich gilt, dass die Erziehungsberechtigten die Hauptverantwortung für die Erziehung ihrer Kinder tragen.
- Einen Bildungsplan für die Krippen lehnen wir ab, ebenso die Einführung einer gebundenen Ganztagschule gegen den Willen der betroffenen Eltern, Schülerinnen und Schüler.
- Gebührenfreier Besuch eines Kindergartens.
- Aufwertung künstlerischer, handwerklicher, hauswirtschaftlicher und insgesamt lebenspraktischer Fächer sowie des Sports. Kreative Angebote sind in allen Bildungseinrichtungen zu fördern, um das Empfindungsvermögen und die Vielschichtigkeit der Welterfahrung zu steigern.

- Gemeinsamer Unterricht während der ersten sechs Schuljahre mit innerer Differenzierung.
- Sozial-, Umwelt- und Betriebspraktika in allen Schulstufen und -arten.
- Pädagogisch und fachlich durchdachte kurze Phasen von Distanzunterricht als Chance für selbstständiges Lernen und Arbeiten und zur ökologischen Entlastung.
- Stärkung der sprachlichen Fächer insbesondere mit dem Ziel, die Sprachen der Nachbar- und Herkunftsländer zu erlernen.
- Stärkung des Schulwesens der ethnischen Minderheiten und Förderung des Dänischen, Friesischen, Nieder- und Obersorbischen, des Romani sowie der in Deutschland gesprochenen Regionalsprachen und sogenannten Dialekte in den Schulen.
- Erhalt der Förderschulen. Integration von Kindern mit besonderem Förderbedarf in den Regelunterricht im Rahmen ihrer Möglichkeiten unter Verstärkung des pädagogischen Personals in den Klassen.
- Lehrkräfte sollen in regelmäßigen Abständen (3–5 Jahre) selbst Praktika in Unternehmen, Behörden oder an anderen Arbeitsplätzen machen, um einen Bezug zur Arbeitswelt aufrechtzuerhalten.

Studieren und lernen unabhängig von wirtschaftlichen Verwertungsinteressen

- Stärkung bzw. Wiederherstellung der Unabhängigkeit der Lehre und Forschung von Partikularinteressen aus Wirtschaft und Politik.
- Stärkung des akademischen Mittelbaus.
- Einführung der Viertelparität in Hochschulgremien.
- Keine Studiengebühren für das erste Studium mit substanzieller Qualifikation.
- Das weltweit anerkannte duale Ausbildungssystem in Deutschland ist in der Krise aufgrund signifikanter Bewerber- und dadurch

Stellenrückgänge. Deshalb müssen betriebliche Ausbildungen wieder attraktiv für geeignete Bewerberinnen und Bewerber werden. Die ÖDP fordert daher eine sofortige Erhöhung der dualen Ausbildungsvergütungen auf mindestens 1.400 € monatlich im 1. Ausbildungsjahr und Steigerung pro Ausbildungsjahr um mindestens 150 € – finanziert zur Hälfte aus Bundesmitteln als Unterstützung der Ausbildungsbetriebe.

Familie und Gesellschaft

Die Unentbehrlichkeit der Kinderbetreuung in der Familie hat sich unter den besonderen Bedingungen der Corona-Pandemie in verschärfter Weise gezeigt. Die Erziehungsarbeit der Eltern ist für unsere Gesellschaft systemrelevant. Sie ist Voraussetzung, dass sich Kinder erfolgreich entfalten und entwickeln können. Psychisch gesunde, lernwillige und lernfähige Kinder sind für das künftige Funktionieren der Wirtschaft und ein nachhaltiges Sozialsystem unentbehrlich.

Im Vordergrund der Familienpolitik stehen allerdings heute nicht das Kindeswohl und die Elternrechte, sondern kurzfristige und kurzfristige Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsinteressen, die Eltern zunehmend unter Stress und Zeitnot setzen, was sich zulasten der Kinder auswirkt.

Die Ausgestaltung des bestehenden Sozialsystems wurde bereits 1994 im Rahmen des fünften Familienberichts für die Bundesregierung von unabhängigen Wissenschaftlern als **„strukturelle Rücksichtslosigkeit gegenüber Familien“** bezeichnet, ohne dass sich seitdem etwas gebessert hat. Diese Rücksichtslosigkeit besteht in einer grundsätzlichen Minderbewertung der Erziehungsarbeit, was sich bei Alleinerziehenden, Mehrkind-Eltern und Trennungsfamilien besonders nachteilig auswirkt. Die Benachteiligung der Familien ergibt sich aus unserem heutigen Sozialsystem. Früher sorgten die erwachsenen Kinder nur für ihre alten oder kranken Eltern. Heute müssen sie für alle ehemaligen Erwerbstätigen eine Rente zahlen, die oft sogar höher ist als die der eigenen Eltern, weil der Rentenanspruch an die Kinder sachwidrig fast ausschließlich an Erwerbsarbeit gebunden wurde.

Das destabilisiert zunehmend sowohl die Familien als auch unser Sozialsystem und fördert Familienarmut. Die Hauptleidtragenden sind immer die Kinder.

Eine sachgerechte Behandlung von Familien schafft nicht nur mehr Gerechtigkeit, sondern löst auch Spannungen in vielen Familien und

schaft so bessere Bedingungen für die psychische und körperliche Entwicklung der Kinder und stärkt den Mut zum Kind. Das bestehende Sozialsystem ist mit Art. 3, 1 und Art. 6, 1 und 2 unseres Grundgesetzes nicht vereinbar und daher dringend korrekturbedürftig. Von der heutigen Politik wird die Verfassungswidrigkeit unseres Sozialsystems durch Verfälschung des Generationenvertrags bewusst oder unbewusst verschleiert, was die Vertretung der Familieninteressen erschwert.

Gerechtigkeit und Wahlfreiheit für Eltern statt Bevormundung

- Einführung eines Kindergrundeinkommens zur Absicherung der Sachkosten von Kindern.
- Schaffung eines Sozialsystems, das die natürlichen Belastungen bei Elternschaft und im Alter gleichermaßen absichert, um insgesamt ein nachhaltiges System zu verankern.
- Anerkennung der elterlichen Erziehungsarbeit durch einen Lohn, weil die Erziehung von Kindern heute der sozialen Sicherung der ganzen Gesellschaft dient und nicht nur der sozialen Absicherung der eigenen Eltern, wie das zuvor der Fall war.
- Anerkennung der häuslichen Betreuungsarbeit bei pflegebedürftigen Angehörigen mit einem angemessenen Pflegegehalt.
- Wahlfreiheit für Eltern, ob sie das Geld für die Kinderbetreuung als Lohn betrachten oder damit eine Fremdbetreuung ihrer Wahl finanzieren, statt einseitiger staatlicher Finanzierung von Kinderkrippen.
- Gewährung eines Lohnes für Kinderbetreuung, weil es sich um Arbeit handelt, statt eines Lohnersatzes wie beim heutigen Elterngeld, das Kinderbetreuung sachwidrig wie Krankheit oder Arbeitslosigkeit behandelt und damit zusätzlich abwertet.
- Beitragsgerechtigkeit für Eltern in der Rentenversicherung, da allein die Erziehung von Kindern spätere Renten nach dem Umlageverfahren ermöglicht.

- Gleiche Chancen für Eltern statt Doppelbelastung durch „Verinbarkeit von Familie und Beruf“, die nur den Eltern abverlangt wird und ihnen zu wenig Zeit für ihre Kinder lässt und eine Vertretung ihrer politischen Interessen meist unmöglich macht.
- Kindeswohl als entscheidendes Kriterium der Familienpolitik.
- Qualitätssicherung von öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen mit deutlicher Verbesserung des Personalschlüssels.
- Der Grundsatz der Nachhaltigkeit muss auch in der Sozialpolitik gelten.

Entschlossenes Handeln gegen den Missbrauch von Kindern

- In erschreckender Weise ist das Ausmaß des Missbrauchs von Kindern in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt und hat die Notwendigkeit, in diesem Bereich wesentlich entschlossener und frühzeitiger zu handeln, deutlich gemacht. Psychische und körperliche Misshandlung von Kindern und Jugendlichen muss mit aller Kraft verhindert und intensiv bekämpft werden.
- Verstärkte Prävention, Verschärfung des Strafrechts und effektive Verfolgung von Straftaten.
- Schnelle Beendigung des erschreckenden Ausmaßes der Kinderpornografie mit allen kriminellen Begleitumständen.
- Erhöhung der Sicherheit für alle, die in Gefahr sind oder sich fürchten, Opfer von Gewalt zu werden, durch Information, Beratung und Hilfe mit niederschweligen und effektiven Angeboten (z. B. Notrufnummern, Online-Beratung etc.).
- Genaue Überprüfung der Wirksamkeit der neuen Gesetzgebung.

Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern

- Im Alltag und bei allen gesellschaftlichen und politischen Vorhaben werden unterschiedliche Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern sichtbar. Nur durch eine ausgewogene

Aufteilung von Rechten, Befugnissen und Pflichten zwischen Männern und Frauen in Politik und Gesellschaft, in Wirtschaft und Familien und die Rücksichtnahme auf wichtige und verschiedenartige Erfahrungen aus allen Bereichen ist Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen.

- Ende aller staatlichen Versuche, Menschen bei der Wahl ihres Lebens- oder Familienmodells durch finanzielle Anreize zu bevormunden (wie z. B. nur die Finanzierung außerhäuslicher Betreuung).
- Reform der Sozialversicherungen, um die bestehenden Benachteiligungen der überwiegend weiblichen Erziehenden oder Pflegenden in den Familien zu beseitigen.
- Vollständige Gleichstellung der familiären Sorgearbeit mit der herkömmlichen Erwerbsarbeit. Also: gleicher Lohn und gleiche Altersvorsorge für gleichwertige, gesellschaftlich unverzichtbare Arbeit sowie eine Wiedereinstellungspflicht nach Betreuungsphasen.
- Wirksame Durchsetzung der Entgeltgleichheit für Frauen und Männer.

Stärkung von Teilhabe und Inklusion

- Aktive Förderung der Fähigkeiten und Kompetenzen erwerbstätiger Menschen mit Behinderung.
- Förderung von Wohn- und Lebensmodellen, in denen Menschen mit und ohne Behinderung sowie mit und ohne Pflegebedürftigkeit in Gemeinschaft zusammenleben.
- Vollständige Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, besonders im öffentlichen Personennahverkehr.

Menschenwürde bis zum Lebensende

- Schwerstkranke und Sterbende haben ein Recht auf staatliche und gesellschaftliche Solidarität. Menschenwürdiges Sterben soll insbesondere, wenn der Betroffene und sein Umfeld dies wün-

schen, zu Hause in der vertrauten Umgebung durch gute medizinische Betreuung und finanzielle Unterstützung ermöglicht werden.

- Wir fordern zudem eine bundesweit ausreichende, flächendeckende Versorgung mit Hospizplätzen und palliativmedizinischer Versorgung schwerstkranker Menschen in Deutschland. Dieses muss durch den Einsatz von Bundesmitteln ausreichend mitfinanziert und über ein Bundesgesetz verpflichtend geregelt werden.

Stopp der offenen und verdeckten Diskriminierung von psychisch und abhängigkeiterkrankten Menschen

- Immer noch werden flächendeckend Menschen mit psychischen oder Abhängigkeitserkrankungen und entsprechenden Vorerkrankungen im Rahmen von Versicherungsabschlüssen, bei Einstellungen in der Privatwirtschaft oder im öffentlichen Dienst oder anderen alltäglichen Vorgängen (z. B. Wunsch des Wechsels der Krankenkasse) diskriminiert. Dies führt beispielsweise dazu, dass die Betroffenen sich nicht adäquat oder nur mit enormen Risikozuschlägen und unter Ausschluss von Leistungen versichern können, Probleme beim Wechselwunsch einer Versicherung haben, oder auch dazu, dass sie im Rahmen einer Bewerbung in der Privatwirtschaft oder im öffentlichen Dienst mit einer Nichteinstellung rechnen müssen, wenn sie wahrheitsgemäße Angaben machen. Psychische und Abhängigkeitserkrankungen sind zudem im Vergleich zu somatischen Erkrankungen weiterhin mit großen Vorurteilen belastet, die oft aus der Unkenntnis der Erkrankungen und der Unsicherheit im Umgang mit den Betroffenen herrühren. Oftmals entsteht bei Betroffenen der Eindruck, eine Art „zweites polizeiliches Führungszeugnis“ mit dem Outen einer entsprechenden Erkrankung abgeben zu müssen. Die gesamtgesellschaftliche Folge ist, dass betroffene Menschen und ihr Umfeld aus Scham oder Angst die (Vor-)Erkrankungen

verschweigen oder gar negieren, sich mit „ihrem Problem“ zurückziehen und keine rechtzeitige adäquate Hilfe erfragen, weil sie Stigmatisierung und negative Konsequenzen vermeiden möchten. Akut Hilfesuchende müssen zudem in der Regel monatelang auf professionelle Hilfen warten.

- Die ÖDP fordert für diesen Personenkreis eine bundesweit gesetzlich festgeschriebene vollwertige Gleichbehandlung in allen Bereichen und auf allen Ebenen analog des geschlechtlichen Gendergedankens, den konsequenten Ausbau flächendeckender Hilfen und die staatliche Förderung von entsprechenden Selbsthilfegruppen und -einrichtungen.

Migration und Integration sind zwei Seiten einer Medaille, die von Beginn an zusammen geplant werden müssen

- Wir fordern, bei der Integration das Schubladendenken zu beenden und leichter einen Spurwechsel vom Asyl zur Arbeitsmigration möglich zu machen. Dabei soll die Fokussierung auf die einzelne Persönlichkeit Vorrang haben gegenüber der Betrachtung nach dem Herkunftsland oder dem ursprünglichen Migrationsgrund.
- Wir brauchen klare und verbindliche Zusicherungen für die Familienzusammenführung bei allen Zuwandernden, die sich hier schnell integrieren und für ihren Lebensunterhalt sorgen. Auch hier gilt der Grundsatz des „Forderns und Förderns“.
- Wir benötigen eine schnellere soziale Integration durch Teilhabe am (Arbeits-)Leben über unmittelbare und verbindliche gleichzeitige Förderung von Sprache, Arbeit und beruflicher Qualifizierung.
- Jede erworbene Qualifikation in Deutschland ist sinnvoll, sie dient dem individuellen Vorankommen und unserer Gesellschaft. Bei Rückkehr ins Heimatland gilt dies entsprechend. In jedem Fall ist es ein Gewinn für den Aufbau und die Pflege der internationalen Partnerschaft.

Außenpolitik

Außen- und Entwicklungspolitik müssen primär dem Schutz des Lebens und der Lebensgrundlagen auf der Erde dienen.

Der Treibhauseffekt, der ökologische Raubbau, die Verschwendung nicht erneuerbarer Rohstoffe, der Kampf um wertvolle Ressourcen, Verkehrswege und Absatzmärkte sowie knapp werdendes Trinkwasser führen immer wieder zu Konflikten. Ökologische Stabilität, möglichst dezentral-demokratische Strukturen sowie die friedliche Durchsetzung der politischen, sozialen und kulturellen Menschenrechte sind unabdingbare Voraussetzungen für ein langfristig friedliches Zusammenleben der Menschen auf der Erde.

Vorausschauende Politik zielt darauf ab, weltweit die natürlichen Lebensgrundlagen in all ihrer Vielfalt zu erhalten, demokratisches Bewusstsein und rechtsstaatliche Strukturen zu fördern, eine faire Weltwirtschaftsordnung zu etablieren, die Achtung der Menschenrechte voranzutreiben und den friedlichen Verfahren der Streitbeilegung bei zwischenstaatlichen Konflikten Geltung zu verschaffen. Diesen Zielen ist die deutsche Entwicklungspolitik im nationalen und internationalen Rahmen verpflichtet.

- Sämtliche Aktivitäten in Deutschland und der EU stehen unter dem Primat der Friedenssicherung und -stabilisierung. Die Bundeswehr ist diesem Ziel verpflichtet und darf nur im Notfall und zur Selbstverteidigung militärisch eingreifen.
- Deutschland muss den Atomwaffenverbotsvertrag endlich unterschreiben! Wir fordern den vollständigen Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland.
- Friedensdiplomatie – vor allem alle Abrüstungsbemühungen – darf nie nur den eigenen Vorteil sehen, sondern hat auf das Wohl und das internationale Zusammenleben sämtlicher potenzieller Verhandlungs- und Vertragspartner zu achten. Geostrategische Überlegungen zur Sicherung von Vorherrschaften haben darin keinen Platz. Insbesondere dürfen Wirtschafts- und Handelsbe-

ziehungen – namentlich Freihandelsabkommen – nicht als Waffe gegen andere Staaten eingesetzt werden.

- Wir tragen Verantwortung für die Länder des globalen Südens durch die von uns mitverursachte Klimakrise sowie bestehende Konflikte und wirtschaftliche Misere. Wir brauchen eine Politik, die über Grenzen schaut und Verantwortung für das Entstehen gerechter Strukturen in der Welt übernimmt. Eine solche Politik vermindert Konflikte und vermeidet, dass sich Menschen auf die Flucht begeben. Die ÖDP fordert, Fluchtursachen abzubauen durch Umwandlung aller Handelsverträge in Fairhandelsverträge, Hilfe zur Selbsthilfe sowie Wiedergutmachung in den Krisengebieten, ein Verbot von Rüstungsexporten außerhalb der EU; darüber hinaus einen sparsamen und effizienten Umgang mit Rohstoffen und Beendigung der Ausbeutung der Herkunftsländer.

Digitalisierung und Mobilfunk

Der digitale Fortschritt hat umfassende und ungeahnte Möglichkeiten eröffnet und damit fast alle Lebensbereiche verändert, erzeugt aber hohe Umweltbelastungen durch Energie- und Ressourcenverbrauch und wird einschneidende Umwälzungen in den Bereichen Technik, Gesellschaft und Politik hervorbringen (Smart City, SmartMeter, Smarthome, Internet der Dinge/IoT). Damit verbunden sind vielfältige ethische und soziale Aspekte bis hin zu Fragen der entwicklungsgerechten Bildung und sinnlichem Erleben. Kritische Aspekte der Datensicherheit und Überwachung und deren Auswirkungen auf Demokratie und Freiheit kommen hinzu. Die steigende Anzahl vernetzter Geräte und Anwendungen sowie das zunehmende Datenvolumen führen zu immer mehr Funkbelastung in der Welt. Die durch Funkbelastung bedingten Gesundheits- und Umwelteffekte werden vom gesetzlichen Schutz nicht vollständig erfasst und sind vielen Menschen nicht bewusst.

Mobilfunk

- Flächendeckender Ausbau der digitalen Infrastruktur durch leitungsgebundene Technologien ohne Mobilfunk (z. B. Glasfaser).
- Schaffung einer Rechtsgrundlage zur Einhaltung strahlungsarmer/-freier Innenräume.
- Einführung eines rechtsverbindlichen und wirksamen Schutz- und Vorsorgekonzepts, das alle gesundheitlichen Effekte und Risikogruppen berücksichtigt, z. B. Schwangere, Menschen mit Elektrohypersensibilität, durch Senkung der Grenzwerte auf 100 $\mu\text{W}/\text{qm}$, Kennzeichnung und Abschaltmöglichkeit funkender Geräte.
- Funkfreie Bereiche (ohne funkbasierte lokale Kommunikationsnetze) in Kitas, Schulen, Kliniken und ÖPNV sowie funkarme Gebiete (weiße Zonen).
- Stopp des Ausbaus (Moratorium) vorhandener und zukünftiger

5G-/6G-Mobilfunkinfrastruktur, bis Risiken für Mensch und Umwelt durch unabhängige wissenschaftliche Studien ausgeschlossen sind (Technikfolgenabschätzung).

- Förderung und breite Einführung technischer Alternativen der mobilen Informations- und Kommunikationsinfrastruktur (wie z. B. lichtbasierte Technik – Li-Fi/VLC).

Digitalisierung

- Forschung und Entwicklung hochentwickelter künstlicher Intelligenz (KI) sind unter öffentliche Aufsicht zu stellen, um Chancen und Risiken der KI in den demokratischen Entscheidungsprozess einzubeziehen.
- Recht auf ein analoges Leben (z. B. auch bei Behörden, ÖPNV, Bargeld) und als Back-up zum digitalen.
- Umfangreicher und durchgängiger Datenschutz, hohe Sicherheitsstandards für digitale Geräte.
- Sicherung von Grundrechten bei der Digitalisierung (z. B. keine gläsernen Menschen).

Wirtschaft regional und dem Gemeinwohl verpflichtet

Die Corona-Pandemie mit dem lang anhaltenden Lockdown hat viele Bereiche der Wirtschaft schwer erschüttert. Vor allem viele Selbstständige, kleine und mittlere Unternehmen sind in Not geraten. Die Bundesregierung propagiert die „Rückkehr auf den Wachstumspfad“ als vermeintliche und alternativlose Lösung. Die ÖDP setzt dem neoliberalen Wachstums- und Globalisierungsmodell die längst überfällige Regionalisierung der Wirtschaft entgegen. Gerade die Corona-Krise hat gezeigt, dass die Abhängigkeit von den globalisierten Lieferketten vermindert und die regionale Wirtschaft wieder gestärkt werden sollte. Darüber hinaus muss die Wirtschaft stärker dem Gemeinwohl verpflichtet werden. Das Bruttoinlandsprodukt darf nicht mehr alleiniger Maßstab für den Erfolg der Wirtschaft bleiben, da dieses über den tatsächlichen Wohlstand eines Volkes nichts aussagt.

Weniger Wirtschaftswachstum ist mehr Zukunft

- Wachstumszwang stoppen: „Stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum“ (§ 1 StabG) darf kein Staatsziel mehr sein.
- Verlängerung der Gewährleistungsfristen mit Beweislastumkehr, Reparaturfreundlichkeit sowie Verbot von geplanter Obsoleszenz.
- Ziel ist die Kreislaufwirtschaft mit Recycling und sich selbst erneuernden Ressourcen. Mehr als dieser eine Planet auf Dauer bietet, darf nicht verbraucht bzw. gebraucht werden: Planet vor Profit!

Ökologisch-soziale Steuerreform

- Neben dem dringenden Ausbau der CO₂-Bepreisung (siehe Klimaschutz) ist der Verbrauch natürlicher Ressourcen (auch Rohstoffe, Flächenversiegelung) durch kontinuierlich steigende Steuern zu reduzieren. Die Preise aller Produkte müssen die ökologische Wahrheit sagen. Klimawende anpacken!
- Als Ausgleich ist der Faktor Arbeit zu entlasten: Reduzierte Sozialversicherungsbeiträge senken die Lohnnebenkosten, vermindern einen überzogenen Rationalisierungsdruck und führen zu reduzierten Preisen von Dienstleistungen und lohnintensiven Produkten.
- Eine pauschale Pro-Kopf-Zahlung (Klimadividende, Öko-Bonus) sorgt für sozialen Ausgleich, soweit reduzierte Preise von arbeitsintensiven Produkten die höheren Preise für energie- und rohstoffintensive Produkte des Grundbedarfs nicht kompensieren können. Das heißt, die ökologisch-soziale Steuerreform wirkt der gewachsenen ungleichen Einkommensverteilung entgegen. Umverteilung von oben nach unten!

Mehr Mittelstand und Regionalisierung – Konzerne und Globalisierung begrenzen

- Der Mittelstand ist einem verzerrten Wettbewerb mit ungleichen Bedingungen ausgesetzt. Globalisierte Konzerne können ihre Aufträge und Produktionsstandorte ganz legal auch dorthin vergeben, wo Umwelt- und Sozialstandards am niedrigsten sind. Das muss sich ändern:
- Ergänzung der nationalen wie EU-weiten CO₂-Bepreisung durch eine CO₂-Grenzsteuer: EU-Unternehmen und insbesondere der Mittelstand brauchen durch hohe CO₂-Bepreisung keine Wettbewerbsnachteile zu befürchten, wenn ein EU-Grenzausgleich durch Grenzsteuern erfolgt. Dieser Grenzausgleich erfolgt für alle Handelspartner in einem Umfang, wie sie nicht selbst adäquate Umwelt- und Klimastandards einführen. Der Mittelstand

gewinnt seine Wettbewerbsfähigkeit zurück, weil bestehende Wettbewerbsnachteile gegenüber Konzernen endlich kompensiert werden.

- Umwandlung der Welthandelsorganisation (WTO) in eine Weltorganisation für nachhaltigen Handel (WSTO).
- Sogenannte Freihandelsabkommen kündigen bzw. Verhandlungen stoppen (z. B. CETA, TiSA, JEFTA, Mercosur) und nur noch faire Abkommen schließen: keine Paralleljustiz durch Investitionsschutzregimes, kein Unterlaufen von parlamentarischer Entscheidungshoheit durch sogenannte Living Agreements, regulatorische Kooperation. Keine Klauseln zur Verwässerung von Standards durch Handelsabkommen. Stärkung der Nachhaltigkeitskapitel durch einklagbare Umwelt- und Tierschutzstandards.
- Einführung eines echten Lieferkettengesetzes ohne Hintertüren und Schlupflöcher mit klaren Sanktionsmöglichkeiten. Zurückweisung der gegenwärtigen Gesetzesvorhaben als Feigenblatt.
- Einfuhrverbot von (extrem) umweltschädlich produzierten Waren wie Rindfleisch, Palmöl oder Gensoja aus ehemaligen Regenwaldflächen, ebenso von Produkten aus diesen.
- Globalisierung der mitmenschlichen Solidarität statt Globalisierung der Großkonzerne.
- Faire Rahmenbedingungen zum Erhalt des stationären Einzelhandels schaffen. Versandhandel ist eine sinnvolle Ergänzung, darf aber den stationären Handel nicht auf Kosten der Umwelt verdrängen.

Gemeinwohlökonomie

- Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) soll nicht einziger Maßstab für wirtschaftlichen Erfolg sein, in Ergänzung dazu soll eine Gemeinwohl-Bilanz erstellt werden, die den Zweck des Wirtschaftens und die Bewertung von Unternehmenserfolg anhand gemeinwohlorientierter Werte definiert.

- Alle öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen sollen, als ökologisch-soziale Ergänzung zur Finanzbilanz, eine Gemeinwohl-Bilanz erstellen und damit aktiv ihren Beitrag zum Gemeinwohl darstellen.
- Alle Kommunen erstellen eine Gemeinwohl-Bilanz und entwickeln sich zu vorbildlichen Gemeinwohl-Kommunen.
- Für die freiwillige Erstellung einer Gemeinwohl-Bilanz von privaten Unternehmen sollen u. a. steuerliche Anreize und Maßnahmen der Wirtschaftsförderung systematisch an das Ergebnis einer Gemeinwohl-Bilanz geknüpft werden.
- Förder- und Konjunkturmaßnahmen wie Förderdarlehen, Gründungszuschüsse, Bürgschaften, Neuansiedlung von Unternehmen, Baugenehmigungen, (digitale) Infrastrukturförderung werden in Abhängigkeit vom (positiven) Gemeinwohl-Bilanz-Ergebnis vergeben.
- Einkauf und Auftragsvergabe sollen bundesweit unter Einbeziehung ökologischer und sozialer Kriterien erfolgen. Eine positiv auditierte Gemeinwohl-Bilanz wird als ein Kriterium bei der Vergabe herangezogen.
- Fortbildung zu „nachhaltigem Wirtschaften“, wie beispielsweise der Gemeinwohl-Ökonomie, soll im Bildungsprogramm verankert werden.
- Eine mindestens deutschlandweite Durchsetzung der Zielsetzung von Art. 151 (1) der Bayerischen Verfassung: „Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten.“
- Einschränkung der Einflussmöglichkeiten von Wirtschaftsunternehmen auf die Politik durch Lobbyismus und Wiederherstellung der Unabhängigkeit von Politik und Parteien durch ein EU-weites Verbot von Unternehmensspenden an Parteien.

Finanzwirtschaft

- Wiedereinführung eines strikten Trennbankensystems und Rückführung der Börsen zu ihrem eigentlichen Zweck, nämlich der Bereitstellung von Kapital für die Unternehmen: Banken mit staatlicher Lizenz zur Kreditvergabe und Geldschöpfung sind institutionell eindeutig zu trennen vom Investment Banking beziehungsweise der Vermögensverwaltung.
- Einführung von wirksamen Vermögens- und Finanztransaktionssteuern sowie einer Digitalsteuer.
- Privatisierungsverbot für sämtliche Bereiche der allgemeinen Daseinsvorsorge (Trinkwasser, Verkehrswege, von öffentlichen Institutionen genutzte Immobilien). Insbesondere ein komplettes und ausnahmsloses Verbot von öffentlich-privaten Partnerschaften.

Landwirtschaft und Tierschutz

Die Landwirtschaft ist die Grundlage unseres Lebens! Ziel der ÖDP ist eine regenerative Landwirtschaft, die weit über die heutigen Vorgaben einer „guten fachlichen Praxis“ hinausgeht, die in der Lage ist, den Kohlenstoff im Boden zu speichern und damit einen Beitrag zum Klimaschutz leistet.

Eines muss klar sein: Die Landwirtschaft funktioniert nicht nach den Gesetzen industrieller Produktion. In der Landwirtschaft haben wir es mit Lebewesen zu tun, die natürlichen Gesetzmäßigkeiten und Grenzen unterliegen. Die Natur lehrt uns zudem, dass es kein unendliches Wachstum gibt.

Tiere sind unsere Mitgeschöpfe, somit keine seelenlosen Wesen und dürfen nicht zur reinen Ware degradiert werden. Wissenschaftlich belegt ist, dass Tiere Schmerz, Angst und Stress oder auch Neugierde, Lust, Entspannung und Wohlbefinden empfinden und dem Menschen analoge Verhaltensweisen wie Zuneigung, Treue, Verantwortung usw. zeigen.

Landwirtschaft für Mensch und Natur

- Weltweites Gebot der regionalen Ernährungssouveränität und Stopp von Importen von Futtermitteln und landwirtschaftlichen sowie tierischen Produkten, die auf umweltschädliche und unsoziale Art produziert wurden und EU-Tierschutzstandards unterminieren.
- Stopp der forcierten Exportorientierung der europäischen Landwirtschaft. Wochenmarkt statt Weltmarkt: Förderung innerbetrieblicher, lokaler sowie regionaler Stoff- und Wertschöpfungskreisläufe.
- Breite Eigentumsstreuung land- und forstwirtschaftlich genutzter Flächen sowie ein Ende der Bodenspekulation und der Konzentration des Bodeneigentums.

- Vergabe von EU-Fördermitteln nicht nach Fläche, sondern nach gesellschaftlichen, ökologischen und Tierschutz-Kriterien.
- Schluss mit den Dumpingpreisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse auch bei Importen! Die Höfe brauchen mehr Marktmacht gegenüber Lebensmittelketten, Molkereien und anderen Abnehmern mit monopolartiger Stellung. Die Verbraucherpreise müssen die ökologische Wahrheit sagen, indem der Wert von Umwelt und Arbeit klar erkennbar wird. Importiertes Fleisch muss mit einer Nachhaltigkeitssteuer belegt werden.
- Staatliche Mindeststandards in der Tierhaltung müssen deutlich und nachhaltig verbessert und legalisierte Tierquälerei mit sofortiger Wirkung beendet werden.
- Schlachtviehtransporte nur vom Erzeuger zu einem nahe gelegenen Schlachthof (bis ca. 100 Kilometer Entfernung). Tiertransporte ins EU-Ausland müssen rechtlich so gestellt werden, als würden sie innerhalb der EU/Deutschland ablaufen.
- Auf- und Ausbau von Lehrstühlen für den ökologischen Landbau und ökologischere Ausrichtung land- und forstwirtschaftlicher Berufsausbildungen und der Landwirtschaftsberatung.
- Ausreichende Bereitstellung von staatlichen Mitteln zur weiteren Erforschung der Klimarelevanz der Landwirtschaft sowie Wegen zur Gestaltung und Umsetzung einer klimaschonenden Landwirtschaft.
- Einführung einer Steuer auf „Biozide“, synthetische Stickstoffdünger und ein ausnahmsloses Verbot von Neonikotinoiden, die als Wirkstoff im menschlichen Organismus oder im Grundwasser wiederholt nachweisbar waren.
- Exportverbot für in der EU nicht zugelassene Pestizide.
- Vielfältiger Fruchtwechsel im Ackerbau, Untersaaten oder Dauerbegrünung in Dauerkulturen.
- Eine zeitgemäße Bodenpolitik zum Abbau der Bodenvergiftung, der Bodenverdichtung, der Bodenerosion und Überdüngung mit dem Ziel des Aufbaus von gesundem, nährendem, lebendigem Boden.

- Tierhaltung muss tiergerecht sein! Das ist weniger eine Frage der Bestandsgrößen, sondern des Managements der konkreten Lebensbedingungen der Tiere. Dazu gehören Freilandhaltung und der Verzicht auf die Verstümmelung von Tieren – ebenso aber auch ein Betreuungsschlüssel Mensch/Tier in den Betrieben.
- Beschränkung des Viehbestands auf zwei Großvieheinheiten pro Hektar. Viehwirtschaft muss flächengebunden betrieben werden. Das heißt, dass Futter lokal erzeugt und Gülle und Mist lokal verbraucht werden müssen.
- Verzicht auf gentechnische Methoden und genmanipulierte Futtermittel. Kein Einsatz genmanipulierter Nutztiere, Pflanzen oder Organismen einschließlich der neuen gentechnischen Verfahren wie CRISPR/Cas.
- Wirksame Durchsetzung des bestehenden Verbots, Antibiotika als Leistungsförderer in der Tiermast einzusetzen.
- Erhalt und Förderung alter Tierrassen. Die Verwendung von Mehrnutzungsrasen statt skrupelloser Ausbeutung der Tiere stärkt die Würde von Tier und Mensch. Eine ökonomische Orientierung an der Lebensleistung von Milchkühen statt an der Milchleistung pro Jahr wäre ein Beitrag zum Tierwohl.
- Die vorbeugende Gabe von Antibiotika in der Tierhaltung darf nur in Ausnahmefällen zugelassen werden. Die Vergabe lebensnotwendiger Reserveantibiotika in der Tiermast ist gänzlich zu verbieten. Verbesserte Haltungsbedingungen verringern die Notwendigkeit der Gabe von Antibiotika.
- Käfighaltung in der EU muss verboten werden, der Import von Produkten aus Käfighaltung muss unterbunden werden.
- Einführung einer EU-weit einheitlichen und verpflichtenden Kennzeichnung von Fleischprodukten, die über den Einsatz von Pestiziden, Antibiotika und Gentechnik informiert sowie Verbraucherinnen und Verbrauchern anhand eindeutiger Bilder zeigt, wie die Tiere jeweils gehalten werden.

- Umfassende Arbeitsschutzmaßnahmen sowie die Erforschung der Wechselbeziehungen zwischen Arbeit und Gesundheit in der Landwirtschaft.
- Ausweitung der naturnahen Waldwirtschaft, u. a. durch Anlegen standortgerechter Mischwälder und entsprechenden Waldumbau, sowie Erhalt und Wiederaufforstung von Bergwäldern.
- Nachhaltige Fischereipolitik. Verbot der Bodenschleppnetzfisherei. Fänge müssen auf dem Schiff dokumentiert werden, nicht erst im Hafen. Wirksame Kontrollen und Sanktionen müssen entwickelt werden. Beifang muss effektiv minimiert werden. Auf großen Fangschiffen müssen unabhängige Beobachter zwingend alle gesetzlichen Vorgaben prüfen.
- Erhalt und Förderung alter Obst-, Gemüse- und Weinsorten.

Lebensmittel

- Konkretisierung ökologischer Qualitätssiegel für Lebensmittel und deren Kontrolle durch unabhängige Instanzen.
- Lebensmittel sollen möglichst aus der Region kommen und direkt vermarktet werden.
- Die Verschwendung von Lebensmitteln muss gestoppt werden, u. a. durch ein Verbot, Lebensmittel in Supermärkten wegzuworfen.
- Lebensmittelverpackungen sinnvoll reduzieren („Unverpackt-Läden“) und auf nachhaltige Verpackungsmaterialien umstellen.

Tierschutz

- Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen in allen Bundesländern und auf Bundesebene.
- Unabhängige und qualifizierte Tierschutzbeauftragte, welche auch von Natur- und Tierschutzorganisationen gestellt werden können, beziehungsweise Tierschutzbeiräte, die bei Bund, Ländern und Kommunen über rechtlich verbindliche Zuständigkeiten verfügen.

- Erstellung eines ambitionierten und wissenschaftlich fundierten Ausstiegsplans aus Tierversuchen mit konkreten Zielvereinbarungen, Ausstiegsdaten (inklusive Sofortverboten), einem Monitoring-System sowie die Bereitstellung ausreichender finanzieller und personeller Ressourcen für das Umsetzungsprogramm.
- Verbot quälerischer Tierhaltung und wirksamere Kontrolle von Tierhaltung, Tierzucht und Tierhandel generell und überwiegend unangemeldet durch Tierschutzbeauftragte bzw. Tierschutzbeiräte.
- Gut sichtbare Angaben über die Tierhaltungsformen auf allen Lebensmitteln.
- Kritische Evaluierung der Haltung von Tieren in zoologischen Gärten und Tiergehegen.
- Verbot von Qualzüchtungen, der Pelztierzucht, des Handels mit Tieren, die physisch oder psychisch quälerischen und leidvollen Experimenten unterzogen wurden oder werden sollen. Europaweites Verbot des Kupierens und europaweites Einfuhrverbot kupierter Tiere.
- Verbot artwidriger und qualvoller Veranstaltungen mit Tieren und der Haltung von Wildtieren im Zirkus.
- Europaweites Einfuhr- und Handelsverbot für Produkte, die auf tierquälerische Art und Weise gewonnen werden, wie z. B. Gänsestopfleber, Froschschenkel, Schildkrötenfleisch, Haifischflossen u. a.
- Strengere Kontrollen der Schlachtmethode in Schlachthöfen und bei Hausschlachtungen.
- Respektvoller Dialog zwischen Politik, Verbänden, Wissenschaft und Religionsgemeinschaften zu Fragen der Jagd und der betäubungslosen Schlachtung.
- Wesentlich bessere finanzielle und materielle Unterstützung von Tierheimen.

*Liebe Wählerinnen und Wähler,
wir, die Ökologisch-Demokratische Partei,
treten am **26. September 2021** zur
Bundestagswahl an, damit transparente,
konzernspendenfreie und damit
unabhängige Politik in den Bundestag einzieht.
Wir freuen uns über Ihre Unterstützung!*

DAS GUTE GEWINNT!

www.oedp.de | info@oedp.de

Werden Sie aktiv! Folgen Sie uns auch auf   

V.i.S.d.P.: Ökologisch-Demokratische Partei, Christian Rechholz, Pommergasse 1, 97070 Würzburg